



öffentlich

**Betreff:**  
Arbeit der PAGA

Erstellungsdatum 27.01.2006

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

sich in Gesprächen mit dem Bundesministerium für Arbeit sowie mit der Arbeitsagentur in Nürnberg für die Umsetzung des vorgegebenen Betreuungsschlüssels 1:150 (Ü 25) bzw. 1:75 (U 25) bei der PAGA zur Gewährleistung der Qualitätsparameter einzusetzen.

Dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales und dem Hauptausschuss ist bis zum April dazu zu berichten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

---

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

In Berichterstattungen der Medien der letzten Wochen, der Einschätzung des Geschäftsführers der PAGA nach einem Jahr Hartz IV, wie zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen wurde deutlich, dass eine personelle Aufstockung der Zahl der Mitarbeiterinnen der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Bewältigung der täglichen Aufgaben dringend erforderlich ist. Immer noch müssen lange Wartezeiten zu angemeldeten Gesprächsterminen bei Fallmanagern, wochenlanges Warten auf Bewilligungsbescheide (auch bei vollständiger Abgabe der Unterlagen), wie der Ausgabe von Barschecks, in Kauf genommen werden. Einer der Hauptgründe dabei zeigt sich in der ungenügenden Personalausstattung der Arbeitsgemeinschaft trotz anders lautender Vorgaben durch den Gesetzgeber.